

AKTUELL TV-Tipp "Report" Mainz TV-Tipp: 10. 12.2007 „Report" thematisiert Schächten.

Das Magazin "Report" (Mainz) plant einen Beitrag zur aktuellen Problematik des Schächtens, der voraussichtlich in der nächsten Sendung gezeigt wird (Änderungen vorbehalten):

Sendung "Report"

ARD/Das Erste

Mo., 10.12.2007

21:45 Uhr Nach Ausstrahlung finden Sie Infos, Wiederholungstermine, ggf. sogar den Film unter:

<http://www.swr.de/report/-/id=233454/sgpaia/index.html>

Das Land Hessen hat dankenswerter Weise zusammen mit Schleswig Holstein eine Bundesratsinitiative eingebracht, mit dem Ziel den so genannten "Ausnahme-Paragraphen" 4a Abs. Nr. 2 Tierschutzgesetz zu ändern, um unnötige, bewusst zugefügte Leiden beim Schächten von Tieren zu unterbinden. Der Agrarausschuss und das Plenum des Bundesrates stimmten dem Antrag am 18.06.07 bzw. 06.07.07 mit überwältigender Mehrheit zu. Die eigentlich logische Forderung des Tierschutzes den vorgenannten unglückseligen Tierqual-Ausnahmeparagraphen ersatzlos und total zu streichen, wurde hier (leider) nicht einmal ansatzweise verlangt. Der Gesetzesentwurf beinhaltet nur ein minimales Entgegenkommen der betroffenen Glaubensgemeinschaften von Juden und Muslimen. Letztere haben übrigens auch durchaus Zustimmung betreff der vorgeschlagenen Kompromisslösung des Bundesrates signalisiert.- Doch nun torpediert die Bundesregierung diese mehr als moderate Gesetzesinitiative ! Bereits im Vorfeld zeichnete sich leider ab, dass mit der nebulösen Begrifflichkeit "verfassungsrechtliche Bedenken" vom Bund versucht wurde diese Bundesratsinitiative abzuwürgen und die Umsetzung des Gesetzesentwurfes schlicht zu eliminieren. Fakt ist : Nach Gesprächen mit vorerwähnten Glaubensgemeinschaften wurde aufgrund einer Beschlussfassung des Ausschusses im Bundestag am 10. Oktober 2007 der Gesetzesentwurf von der Tagesordnung abgesetzt, kam auch am 11.11.07 nicht zur Sprache. Wann und ob er in eingebrachter Form zur weiteren Behandlung aufgerufen wird, ist nicht bekannt. Das heißt im Klartext, der von der Länderkammer mit großer Mehrheit verabschiedete Gesetzesentwurf, der in ausgewogener, verantwortungsvoller, verfassungsrechtlich abgesicherter Weise den Belangen der Religionen und des Tierschutzes Rechnung trägt, soll offenbar ausgebremst und ad acta gelegt werden. Was ist das für ein falsches Spiel ? Nicht nur von Seiten des Tierschutzes wird dieser Eiertanz bei einem Gesetzänderungsverfahren schlicht als manipulativ verurteilt. Ein Scheitern dieser Bundesratsinitiative ist als politisch gesteuert und gewollt anzusehen. Es ist ungeheuerlich, dass unsere "Volksvertreter"(?!) in Berlin das Staatsziel Tierschutz, hochrichterliche aktuelle Vorgaben (s. BVerwG Leipzig Az. 3 C 30.05 "...Verwirklichung/Umsetzung des Tierschutzes obliege dem Gesetzgeber"), den Mehrheitswillen der Länder und des Deutschen Volkes (lt. Spiegelumfrage sind 79% der Bürger gegen ein betäubungsloses Schächten) schlicht in den Dreck treten - und den individuellen Wunschvorstellungen von omnipräsenten und omnipotenten Minderheiten unterordnen. Für ein politisches Abschmettern dieser ausgewogenen Bundesratsinitiative - um danach mit aufgesetzter Betroffenheitsmiene die Hände in Unschuld zu waschen, nach dem Tenor, „...wir Politiker haben ja alle mehr Tierschutz bei der Schächtquälerei gewollt", aber „gekonnt" haben wir nicht - weil „man" uns nicht „gelassen" hat - für ein solches Defizit staatlicher Souveränität, ein solches selbst ausgestelltes Armutszeugnis und Versagen unserer Volksvertreter besteht in der Bevölkerung wahrlich kein Verständnis. Mittlerweile steht das Islamische Opferfest, Kurban Bayrami ab 20.12.2007 wieder vor der Tür. (siehe Internet-Seiten) Das heißt, der "Schwarze Peter" bei der

Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 4a Abs.2 Nr.2 des Tierschutzgesetzes wird mit allen zur Zeit gegebenen Rechtsunsicherheiten so auch in diesem Jahr wieder bei den bei den Ländern, den unteren Veterinärbehörden verbleiben. Angesichts dieser Verhältnisse, die wie in einem Bananenstaat anmuten ist von Tierschutzseite festzuhalten, dass ein weiteres Verzögern der Beratungen auf Bundesebene - offenbar mit der Hoffnung die Gesetzesänderung bis zum St. Nimmerleinstag verschieben zu können - schon jetzt als Skandal angesehen wird. Aber es wird hier keine Ruhe eintreten. Schreiben auch SIE an unsere "Volksvertreter" !
V.i.S.d.P: Ulrich Dittmann / 15.11.2007

Stellungnahme der Bundesregierung ist zu ersehen bei

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606233.pdf>